

SPD-Kreisverband Kiel

Kreisparteitag 20. Februar 2016, RBZ Technik

Antragstellerin: SPD-Ortsverein Mettenhof/Hasseldieksdamm, SPD-Kreisarbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) Kiel, AG 60plus

TOP 9 Anträge

1 **Antrag: Gegen den sozialen Abstieg in der Rente – für eine „Demographie-Reserve“ in**
2 **der gesetzlichen Rentenversicherung!**

3

4 *Der Kreisparteitag möge beschließen:*

5

6 Die Kieler SPD wendet sich gegen den sozialen Abstieg von Rentnerinnen und Rentnern
7 und setzt sich dafür ein, dass das Rentenniveau in der gesetzlichen Rentenversicherung
8 auch für die Zukunft wenigstens auf dem heutigen Stand (2015) stabilisiert wird. Dazu sollen
9 der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung (Stand 2015: 18,7%) langsam und in
10 kleinen Schritten – den demographischen Herausforderungen folgend – angehoben und die
11 dadurch gewonnenen Mittel genutzt werden, um die Rücklagen der gesetzlichen
12 Rentenversicherung zu einer „Demographie-Reserve“ auszubauen und so die Stabilisierung
13 des Rentenniveaus zu finanzieren.

14 Der Kreisvorstand wird gebeten, im Jahr 2016 eine umfassende rentenpolitische Diskussion
15 in der Kieler SPD zu organisieren und weitere Maßnahmen für eine lebensstandardsichernde
16 Rente zu beraten und zu beschließen.

17

18 Begründung:

19 Die geplante weitere Absenkung des Rentenniveaus auf 43 % bis zum Jahr 2030 ist unsozial
20 und führt dazu, dass selbst Durchschnittsverdienerinnen und Durchschnittsverdiener künftig
21 trotz jahrzehntelanger Beitragszahlungen nur eine Rente bekommen werden, die sie nicht
22 ausreichend vor sozialem Abstieg im Alter schützt. Eine „Demographie-Reserve“ kann das
23 Problem der demographischen Entwicklung lösen, ohne die wirtschafts- und sozialpolitische
24 Zielsetzung in Frage zu stellen, dass der Rentenversicherungsbeitrag bis zum Jahr 2030 auf
25 22 % begrenzt werden soll. Nach geltendem Sozialversicherungsrecht hat die
26 Bundesregierung den gesetzgebenden Körperschaften geeignete Maßnahmen
27 vorzuschlagen, wenn der Beitragssatz in der allgemeinen Rentenversicherung bis zum Jahre
28 2030 22% überschreitet (§ 154 Abs. 3 Nr. 1 Sechstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VI)). Um
29 dieses Ziel zu erreichen, muss das Rentenniveau (d.h. das Verhältnis zwischen einer

30 Standardrente nach 45 Beitragsjahren und dem Durchschnittseinkommen der
31 Erwerbstätigen im selben Jahr) nicht netto vor Steuern von derzeit 47,5% (Schätzung der
32 Deutschen Rentenversicherung für Alte Bundesländer, Oktober 2015) auf nur noch 43%
33 gesenkt werden – anders als von früheren Koalitionen im Bund, auch unter Beteiligung der
34 SPD, beschlossen. Einbußen für Rentnerinnen und Rentner können vermieden werden,
35 wenn stattdessen der Beitragssatz für Arbeitgeber und Arbeitnehmer jährlich zunächst um
36 0,3 Prozentpunkte (d.h. um jeweils 0,15 Prozentpunkte für Arbeitgeber und Arbeitnehmer)
37 angehoben würde. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bedeutet dies eine vertretbare
38 durchschnittliche Nettolohnkürzung im Monat in Höhe von ca. 4,- Euro. Dafür gewinnen sie
39 eine „Demographie-Reserve“, aus der die späteren Altersrentenleistungen der
40 Rentenversicherung auf dem heutigen Niveau erhalten bleiben sollen.

41

42 Das vom SPD-Bundesparteitag für die Bundestagswahl 2013 beschlossene
43 Regierungsprogramm 2013-2017 stellt zum Thema „Rentenniveau“ fest: **„Wir werden das
44 derzeitige Niveau bei den Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung bis zum
45 Ende des Jahrzehnts aufrechterhalten. 2020 gilt es neu zu bewerten, wie über die
46 Wirkungen der Reformen auf dem Arbeitsmarkt im Hinblick auf Beschäftigung, Einkommen
47 und Produktivität die Ankoppelung der Renten an die Erwerbseinkommen vorzunehmen ist.
48 In diese Überprüfung sind auch die vorgeschlagenen Änderungen in der gesetzlichen
49 Rentenversicherung einzubeziehen. So werden realitätsnahe Festlegungen für den
50 notwendigen Ausgleich zwischen einem maximal tolerierbaren Beitragssatz und einem
51 lebensstandardsichernden Rentenniveau möglich.“** (S. 80). Und in einem vom schleswig-
52 holsteinischen SPD-Landesvorstand beschlossenen Positionspapier „Die Zeit ist reif: Mehr
53 Gerechtigkeit wagen“ vom Juli 2015 heißt es dazu: **„In der Rentenpolitik sind
54 Weichenstellungen unabdingbar, damit das Rentenniveau nicht weiter fällt, sondern künftig
55 wieder ansteigt. [...] Wir wollen ein Rentenniveau, das Menschen im Alter erlaubt gut zu
56 leben.“** (S. 10 u. 19). Dieser Antrag geht nun über die damals nur befristet ausgesprochene
57 Aussage zur Sicherung des Rentenniveaus im Regierungsprogramm 2013-2017 hinaus und
58 beschreibt ergänzend zum schleswig-holsteinischen Positionspapier einen Weg, wie dieses
59 Ziel erreicht werden kann. Inhaltlich entspricht der Vorschlag dem 2012 veröffentlichten und
60 2013 aktualisierten Rentenkonzept des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB).

61